

**2 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechtsschaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
und Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 14/10641

(s. a. Vorlage 14/3308)

- abschließende Beratung und Abstimmung -

*(vom Plenum am 9. März 2010 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)*

**Ilka von Boeselager (CDU)** begrüßt den Staatsvertrag als eine Voraussetzung auf dem Weg zu dem schon lange erforderlichen Lückenschluss.

**Edgar Moron (SPD)** schließt sich dem an, denn die Belastung der B 51 zwischen Trier und Köln nehme stetig zu und löse mannigfache Belastungen für die Anwohner aus. Leider gehe es hier jedoch nicht um die komplette Strecke des Lückenschlusses, sondern betreffe dieser Schritt nur das auf nordrhein-westfälischem Gebiet liegende Teilstück. Ihn interessiere von daher der geplante Zeitrahmen bis zum Abschluss des Projekts. *(s. dazu als Antwort der Landesregierung auch Vorlage 14/3308).*

Die Grünen ständen dem Vorhaben natürlich nicht so positiv gegenüber, meint **Oliver Keymis (GRÜNE)**, obschon auch sie die Situation für die Anwohner an der B 51 als problematisch einstufen. Er wüsste gerne, inwieweit man inzwischen die Bedenken des Bundesfernstraßenamtes hinsichtlich der auch von den Grünen gesehenen naturschutzfachlichen Belange ausgeräumt habe. Seines Wissens hätten die diesbezüglichen Diskussionen noch keinen Stand erreicht, der den Grünen eine Zustimmung zu dem Staatsvertrag ermöglichte.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, bestätigt, dass hier nur der zweite von drei Teilabschnitten zum Lückenschluss in Rede stehe. Die Regelung im Staatsvertrag schaffe zumindest die Voraussetzungen für eine konsistente verfahrensmäßige Führung des Vorgangs, da Planung und Ausführung nun allein in der Hand Nordrhein-Westfalens lägen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf anzunehmen und dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag zu entsprechen.



## Hauptausschuss

### 80. Sitzung (öffentlich)

18. März 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:55 Uhr

11:30 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer, Scheidel

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)** **5**  
  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/10358  
  
- abschließende Beratung und Abstimmung -  
  
Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen die Annahme des Gesetzentwurfs.
  
- 2 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechtsschaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau** **10**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
und Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 14/10641

(s. a. Vorlage 14/3308)

- abschließende Beratung und Abstimmung -

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf anzunehmen und dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag zu entsprechen.

**3 Abkommen über die Beteiligung der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen am Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin**

**12**

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 14/10689

- abschließende Beratung und Abstimmung -

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Abkommen gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesregierung zu entsprechen.

**4 Kinder in Medienproduktionen besser schützen**

**13**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9425

APr 14/1105 (Anhörung vom 4. März 2010)

- abschließende Beratung und Abstimmung -

In Übereinstimmung aller Fraktionen verzichtet der Ausschuss auf ein Votum an den federführenden Ausschuss.

- 5 Ergänzung der Parlamentsinformationsvereinbarung (Anlage) 14**
- Vorsitzender Werner Jostmeier stellt die fraktionsübergreifende Zustimmung des Hauptausschusses zu dem vorgelegten Vereinbarungsentwurf fest. Der Vorsitzende wird die Landtagspräsidentin bitten, die Vereinbarung auf dieser Grundlage mit dem Ministerpräsidenten abzuschließen, sodass sie noch vor der Wahl umgesetzt wird.
- 6 Verschiedenes 16**
- a) **Studie zur Daseinsvorsorge**  
Vorlage 14/3255
- b) **Zeitnahe Information über die am heutigen Tage stattfindende Europaministerkonferenz in Brüssel 16**
- 7 Zusammenarbeit zwischen dem Benelux-Parlament und dem Landtag Nordrhein-Westfalen (Anlage) 17**
- Gespräch mit Vertretern des Benelux-Parlaments -

